

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Druckort: Dresden.
Verleger: Carl Neubauer.
Herausgeber: Carl Neubauer.
Postfachnummer: 25 241.
Telefonnummer: 20 011.

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 30. September 1926 bei 14-tägiger Zustellung frei Haus 1,50 Mk. Postzusatz 10 Pf. für den Monat September 3 Mark ohne Postzusatzgebühren. Einzelnummer 10 Pfennig.

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einseitige 30 mm breite Zeile 30 Pf., für auswärts 35 Pf., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pf., außerhalb 20 Pf., die 90 mm breite Reklameweile 150 Pf., außerhalb 200 Pf., Obergangsgebühren 10 Pf., Klausur, Werbung gegen Vorauszahlung.

Vertrieb und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 36/42.
Druck u. Verlag von Neugebäude & Neugebäude in Dresden.
Postfachnummer 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe „Dresdner Nachrichten“ zulässig. Unentgeltliche Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Für Spareinlagen — auch kleine Beträge — gute Verzinsung

Dresdner Handelsbank A.-G.

Bei allen Bankgeschäften individuelle uneigennütige Beratung

Gegründet 1873 als Central-Viehmarktsbank A. G.

Ostra-Allee 9/11 — Städt. Vieh- und Schlachthof — Eliasplatz 3 — Kaiserstraße 11 — Prager Straße 26 — Jahnstraße 8 — Großmarkthalle

Stresemanns Rückkehr nach Berlin.

Offizieller Empfang durch Regierung und Diplomaten. — Berichterstattung bei Hindenburg. Die Pariser Presse kündigt eine Aktion Stresemanns gegen die militärischen Verbände an. — Anschlag gegen den FD-Zug Berlin — Hamburg.

Der Empfang in Berlin.

Berlin, 23. September. Dr. Stresemann ist heute nachmittag, in Begleitung von Staatssekretär Dr. Weichmann und Ministerialdirektor Dr. Klop von Genf kommend, hier eingetroffen. Zum Empfang waren u. a. auf dem Bahnhof erschienen Reichsminister Dr. Marx, die Reichsminister Bethmann und Curtius und der in Berlin weilende Vizekonsul in Amerika, Freiherr v. Waldborn, der englische Botschafter, der französische Geschäftsträger, der belgische Gesandte, der polnische Gesandte, der schwedische Gesandte und der tschechoslowakische Geschäftsträger.

Eine Sitzung des Reichskabinetts, in der der Außenminister Bericht erstatten wird, findet am Freitag vormittag um 11 Uhr statt. Heute abend wird der Außenminister zunächst dem Reichspräsidenten in Gegenwart des Reichskanzlers Bericht erstatten. Das Kabinett wird, woran nicht zu zweifeln ist, einstimmig die Weiterführung der Verhandlungen billigen. Die Beratung über die Einzelfragen, die zwischen Stresemann und Briand aufgeworfen worden ist, wird aber wohl erst dann aufgenommen werden, wenn alle Vorbereitungen darüber zu einer weiteren Klärung geführt haben. Die es heißt, werden auch Anfang der nächsten Woche die Ministerpräsidenten der Länder nach Berlin gerufen werden, um über den Stand der außenpolitischen Lage von der Reichsregierung unterrichtet zu werden. Ob das Kabinett für die Weiterführung der Verhandlungen mit Frankreich feste Richtlinien aufstellen werde, die sich vor allem auf die Frage der Eisenbahnobligationen beziehen, steht bis jetzt noch dahin und hängt von dem Ergebnis der zunächst einmal zu erfolgenden eingehenden Ressortbesprechungen ab.

Dr. Stresemann beim Reichspräsidenten.

Berlin, 23. September. Der Reichspräsident empfing heute nachmittag den Reichsminister Dr. Stresemann zum Bericht über die Genfer Verhandlungen. Nach dem etwa einstündigen Vortrag dankte der Reichspräsident dem Reichsminister Dr. Stresemann für seine mühevollen Arbeit und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die jetzt angeknüpften Verhandlungen zur Lösung der noch schwebenden schwierigen Fragen und zur baldigen Befreiung des Rheinlandes und des Saargebietes führen möchten.

Der rheinische Oberpräsident an Stresemann.

Koblenz, 23. September. Der Oberpräsident der Rheinprovinz, Dr. Hüsch, hat an Dr. Stresemann folgendes Telegramm geschickt: „Bei Ihrer Ankunft in Berlin empfangen Sie von der Rheinprovinz herzlichen Gruß und Dank für alles, was Sie in mehrjähriger zielbewusster und säber Arbeit im Wege der Verständigung für uns getan und erreicht haben. Gott schenke unserem Vaterlande recht bald völlige Freiheit und Frieden.“ (W. T. B.)

Ministerrat in Paris.

Paris, 23. September. Unter Vorsitz Poincarés fand heute vormittag ein Ministerrat statt, in dem Poincaré über die Maßnahmen seiner Erklärungen berichtete, die er am kommenden Montag im Nationalrat auszuführen beabsichtigt. Die anwesenden Mitglieder der Regierung (Briand hat sich auf etwa acht Tage zur Erholung an die See begeben) stimmten seinen Ausführungen zu. Besonders auf der rechten Seite erwartete man, daß Poincaré in seinen Ausführungen auch auf die im Gange befindlichen Verhandlungen mit Deutschland eingehen wird. Sie aber im übrigen hauptsächlich auf das von der Regierung unternommene Ersparnis- und Einkürfungsprogramm beschränkt wird.

Die Truppenbewegungen im besetzten Gebiet.

Vorbereitende Studien zu einer Besatzungsminderung! Paris, 23. September. Das veröffentlichte folgende Mitteilung: Man behauptet am Quai d'Orsay, daß die Maßnahmen zur Herabsetzung der Truppenbestände im besetzten Gebiet, die gegenwärtig von den Besatzungsbehörden durchgeführt werden, zu den jüngsten, in Genf eingeleiteten Verhandlungen nicht in Beziehung stehen. Es handelt sich übrigens im eigentlichen Sinne nicht um die Anwendung dieser Maßnahmen, sondern um vorbereitende Studien. Die in Frage kommende Herabsetzung sei übrigens schon vorher angekündigt worden. (W. T. B.)

Die gescheiterte Einheitsliste für die sächsischen Landtagswahlen.

Der Sächsische Landtag ist gestern nochmals zu einer ganz kurzen Beratung vor den am 31. Oktober stattfindenden Neuwahlen zusammengetreten, um hauptsächlich den amtlichen Stimmzettel für die Landtagswahlen einzuführen und die Aufstellung einer neuen Partei von der Hinterlegung einer Garantiesumme von 3000 Mark abhängig zu machen. Durch diesen Druck auf den Geldbeutel hofft man dem politischen Anflug der kleinen und kleinen Splitterparteien, die das öffentliche Leben nach allen Seiten auseinanderzerren, einen Riegel vorzulegen. Wenn sich die Parteien des Landtages nach den jetzigen Verhandlungen geschlossen haben, wird der Wahlkampf mit der ganzen Öffentlichkeit entzweit, wie sie durch die gesamte politische Lage bedingt ist. Weder muß das Bürgerium in dieses bedeutsame Ringen mit einem organisatorischen Defizit eintreten, das durch den Schiffsbruch der erstrebten Einheitsliste gegeben ist. Lurch herrichte das Gefühl für die Notwendigkeit einer bürgerlichen Einheitsfront allgemein vor, und daraus entsproh der Ruf der Verbände mit seiner grundsätzlichen Ablehnung jeder Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie, gleichviel welcher Richtung, also auch mit den Sozialisten. Die Demokraten wollten aber die Koalition mit den Sozialdemokraten nicht preisgeben. Sie erklärten, daß die Koalition für Sachsen unbedingt zum Segen geworden sei, und daß durch sie die Staatsidee in der Sozialdemokratie einen bedeutenden moralischen Erfolg gehabt habe, der aber gefährdet sei, wenn ein wirtschaftlich und politisch rechtsgerichteter Bürgerblock seine Spitze gegen die sächsischen Sozialisten richte. Nunmehr nahm der sächsische Landesbürgerrat die Sache in die Hand und versuchte die politischen Parteien im Verein mit den Wirtschafts- und Berufsverbänden an den Verhandlungen teil zu bringen. Die Demokraten machten hier zuerst wieder mit, forderten sich aber sehr bald ab, nachdem zwei ihnen nahestehende Verbände, die Landesgruppe Sachsen des Deutschen Beamtenbundes und der Dirsch-Dunderliche Gewerkschaftsring, sich für „neutral“ erklärt hatten. Kurz darauf ließ es, daß auch die Wirtschaftspartei sich separiert habe. Dann wurde aber wieder mitgeteilt, daß die Verhandlungen trotz unter Ausschluss der Demokraten ihren Fortgang nähmen. Jetzt endlich hat der Landesbürgerrat sich genötigt gesehen, der Öffentlichkeit seinen Mein über das Scheitern der Einheitsliste einzuschütten.

Weshalb man den Ursachen dieses Mißerfolges auf den Grund, so ist leicht zu erkennen, daß dabei die Abneigung der Demokraten, sich von vornherein den Weg zu einer eventuellen Erneuerung der Koalition zu verbarren, eine Hauptrolle spielt. Die vorerwähnte demokratische Erklärung spricht das ja auch offen aus. Es heißt aber den Kern der bürgerlichen Wahlbewegung verkennen, wenn man die Koalitionsfrage derartig in den Vordergrund rückt, als wäre sie der Drehpunkt, um den der ganze Wahlkampf rotieren mühte. Die Hauptsache ist, daß zunächst einmal, ohne Rücksicht auf die spätere Sorge der Regierungsbildung, ein bürgerliches Übergangsgewicht zur Tatsache gemacht wird. Das ist auf jeden Fall erforderlich, gleichgültig, ob die Sozialisten oder die Radikalen auf der Gegenseite obliegen. Gewinnen die letzteren die Partie, so kann nur eine starke bürgerliche Front das größte Unheil verhüten. Mit welchen Hoffnungen sich die Linkssozialisten tragen, geht aus einem Artikel des Genossen Schüßinger hervor, der in der radikalen Presse die Runde gemacht hat und in dem es heißt: „Wir können das machtpolitische Spiel der Deutschen Republik nicht allein der Polizei des gesundheitlich leider recht mangelhaften Genossen Severing anvertrauen, sondern müssen mit aller Energie danach streben, daß sich um die Jahreswende dreifach demokratische Innenminister Severing in demselben Format von Sachsen, Thüringen und Mecklenburg aus über die Reichshauptstadt hinweg die Hand zu reichen vermögen.“ Hier lebt also ein alter Gedanke wieder auf, den schon die frühere sozialistisch-kommunistische Regierung in Sachsen propagierte; der Gedanke eines engeren Zusammenschlusses sozialistischer Einzelstaaten mit dem Biete, auf die Berliner Polizei einen händigen Druck auszuüben, um diese in radikal-sozialistischem Sinne zu beeinflussen. Was dann hier in Sachsen wieder passieren würde, bedarf keiner besonderen Ausmalung. Auch der altsozialistische „Volkswort“ hat darüber keinen Zweifel; er schreibt: „Es wäre das alte Experiment, das

Vor allem endgültige Entwaffnung!

Pariser Sehe gegen die „militärischen“ Verbände.

Paris, 23. September. Die Pariser Mittagspresse erwartet, daß nach der Rückkehr Stresemanns nach Berlin ein Konflikt zwischen ihm und dem Reichspräsidenten ausbrechen wird. Der Berliner Korrespondent des „Paris Midy“ berichtet, daß die deutschen Nationalisten auf eine französische Regierungskrise hoffen. Die Bedingungen der Vereinbarungen von Thoiry bezogen sich jedoch vor allem auf eine endgültige Entwaffnung Deutschlands und besonders auf die Aufhebung der illegalen militärischen Verbände. Ihre Fortexistenz würde von Frankreich auf jeden Fall als eine Verletzung der Abkommen von Thoiry betrachtet. Dem „Paris Midy“ zufolge hat Briand dies Dr. Stresemann erklärt und Stresemann seinerseits formelle Versprechungen in dieser Hinsicht gemacht. Es sei nicht die Verwertung der deutschen Eisenbahnobligationen, die Anlaß zu inneren Schwierigkeiten in Deutschland geben werde, sondern vielmehr die politische und verfassungsmäßige Offensive, die Stresemann gegen die militärischen Organisationen einleiten müsse. Es sei notwendig, seinen Tisch mit diesen Dingen zu machen, wenn man nicht wolle, daß die militärischen Organisationen schließlich der Stein des Anstoßes würden, durch den das ganze Gebäude der Annäherung und Zusammenarbeit scheitere, das mit so großer Mühe von Briand und Stresemann errichtet worden sei. (T. I.)

Italien zur deutsch-französischen Annäherung.

Nizza, 23. September. Die italienische Regierungspresse äußert sich heute ausführlicher zu der deutsch-französischen Annäherung, die durch Stresemann und Briand eingeleitet wurde. Im „Popolo d'Italia“ schreibt der Bruder Mussolini, daß Italien als Teilnehmer an dem Pakt von Locarno nur mit Wohlwollen die Verhandlungen sehen könnte, die auf Abmilderung der Spannung zwischen Frankreich und Deutschland hinstreben. Aber die Wünsche und das Schicksal der Völker spielen sich nicht allein am Rhein ab. Bei der Wiederaufnahme einer deutschen Außenpolitik

im großen Stille schloß es nicht an Berechtigung zur Zurückhaltung und Besorgnis.

Boncour's Antrag auf Einberufung der Abrüstungskonferenz.

Die Vollziehung der Völkerbundsversammlung. Genf, 23. September. Die Völkerbundsversammlung hielt vormittags eine Vollziehung ab, in der in erster Linie die Frage der Einberufung der internationalen Abrüstungskonferenz besprochen wurde. Der französische Delegierte Boncour legte eine Entschließung vor, die fordert, daß die Abrüstungskonferenz außer im Falle materieller Unmöglichkeit vor September 1927, also vor der achten ordentlichen Völkerbundsversammlung, einberufen werde. Paul Boncour erinnerte an alle Versuche des Völkerbundes, die Vorbereitungen für eine allgemeine Verminderung der Rüstungen zu schaffen. Diese Bemühungen mühten unermüdlich fortgesetzt werden. Das Abkommen von Locarno habe den Weg dazu geebnet und eine neue, bessere Atmosphäre in Europa geschaffen. Die vorbereitende Kommission habe zusammen mit der technischen Unterkommission bereits wertvolle Vorarbeiten geleistet, so daß die Einberufung der Konferenz vor der nächsten Völkerbundsversammlung möglich erscheine und tatsächlich auch vorgenommen werden sollte. (W. T. B.)

Genf, 23. Sept. Die Kommissionen des Völkerbundes haben in den letzten Tagen ihre Arbeiten zu beenden, indem sie zum Teil auch Nachforschungen zu Hilfe nahmen. Man hofft daher, daß die Vollversammlung des Völkerbundes am Sonnabend ihre Arbeiten beenden kann. Doch wird immerhin mit der Möglichkeit gerechnet, daß die Beratungen fortgesetzt werden können. Nach Schluß der Völkerbundsversammlung wird noch eine kurze Ratssitzung stattfinden, in der der Rat von denjenigen Resolutionen Kenntnis nehmen wird, in denen die Völkerbundsversammlung ihn mit der Ausführung ihrer Beschlüsse betraut.

Berlin, 23. Sept. Reichspräsident v. Hindenburg empfing heute den Befehlshaber des amerikanischen Geschwaders in Europa, Admiral Roger W. Ells.